

Burundis Weg zu den Wahlen: Zwischen Säbelrasseln und Wirtschaftskollaps

Die politische Lage in Burundi vor den
Wahlen 2025–2027

EurAc

Europe-Central
Africa Network

EurAc

Europe-Central
Africa Network

Über EurAc

Das 2003 gegründete Europe-Central Africa Network (EurAc) vereint 32 in Zentralafrika aktive Nichtregierungsorganisationen, die einen besonderen Fokus auf die Region der Großen Seen legen. EurAc setzt sich für ein starkes, kohärentes und langfristiges Engagement der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten ein, um die Region beim Aufbau einer besseren Zukunft zu unterstützen.

Als Netzwerk, das mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Europa und Afrika zusammenarbeitet, bietet EurAc eine gemeinsame Plattform für den Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Institutionen der EU. So entsteht ein koordinierter und ganzheitlicher Ansatz, um auf die Herausforderungen der Region zu reagieren und Lösungen zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten vor Ort gerecht werden.

Dieses Dokument enthält die Executive Summary des Berichts „*Sur la route des élections burundaises : entre bruits de bottes et effondrement économique*“, der von EurAc im Mai 2025 veröffentlicht wurde. Der vollständige Bericht ist auf Französisch online über den beigefügten QR-Code verfügbar.



Executive Summary: Plädoyer für eine erneuerte Partnerschaft zwischen der EU und Burundi

Burundi gehört zu den drei ärmsten Ländern der Welt und gilt aufgrund anhaltender politischer Instabilität und wiederkehrender Krisen seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1962 als fragiler Staat.¹ Das kleine ostafrikanische Land im Herzen der Region der Großen Seen – zwischen Tansania, der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda – trägt bis heute die Narben einer Geschichte von ethnischen Spannungen und wiederholter Gewalt.

1. [List of Fragile and Conflict-affected Situations](#), World Bank, 2025

Die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden nach dem verheerenden Bürgerkrieg der 1990er Jahre, die mit dem Arusha-Abkommen von 2000 aufkam, wurde 2015 jäh zerstört. Die umstrittene Kandidatur von Pierre Nkurunziza für eine dritte Amtszeit provozierte einen Volksaufstand historischen Ausmaßes, der brutal niedergeschlagen wurde. Es folgte ein autoritärer Kurs, der Opposition, Zivilgesellschaft und Medien systematisch unterdrückte, das Land in eine schwere Krise stürzte und alle Aussichten auf Versöhnung und Demokratisierung zunichtemachte. Als im Juni 2020 Évariste Ndayishimiye an die Macht kam, Mitglied der seit 2005 regierenden Partei Conseil National pour la Défense de la Démocratie – Forces de Défense de la Démocratie (CNDD-FDD, deutsch etwa: Nationalrat zur Verteidigung der Demokratie – Verteidigungskräfte der Demokratie), schöpften einige Burundier:innen zunächst neue Hoffnung. Doch fast fünf Jahre später fällt die Bilanz ernüchternd aus. **Burundi steckt weiter in einer tiefen Krise und ist mit politischen, wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Herausforderungen konfrontiert, während ringsum die Region der Großen Seen erneut in Gewalt versinkt.**

Am 5. Juni 2025 sind die Bürger:innen Burundis aufgerufen, ein neues Parlament und kommunale Vertreter:innen zu wählen. Diese wiederum wählen am 23. Juli die Abgeordneten des Senats. Am 25. August folgen die Wahlen der Vertreter:innen für die Collines und Stadtteile, die kleinsten Verwaltungseinheiten des Landes. Die nächste Präsidentschaftswahl ist für das Jahr 2027 angesetzt. In dem Bewusstsein, wie sensibel Wahlzyklen in fragilen Staaten sind, hat sich EurAc verpflichtet, die politische Lage in Burundi vor den Wahlen genau zu beobachten und zu analysieren.

Wahltermine 2025–2027

- 5. Juni 2025: Parlaments- und Kommunalwahlen
- 23. Juli 2025: Senatswahlen (durch die gewählten kommunalen Vertreter:innen)
- 25. August 2025: Wahlen der Vertreter:innen der Collines und Stadtteile
- 2027: Präsidentschaftswahl

Die folgende Analyse beruht auf Informationen, Augenzeugenberichten, Interviews und der Auswertung von Berichten, die den Prozess der Wahlvorbereitung, das politische und sicherheitspolitische Klima im Vorfeld der Wahlen, den Zustand der Zivilgesellschaft sowie die sozioökonomische Lage des Landes umfassend beleuchten. Sie entsteht in einem äußerst besorgniserregenden sicherheitspolitischen Kontext: Der bewaffnete Konflikt im Osten der DR Kongo, unmittelbar angrenzend an Burundi, verschärft sich zunehmend und schürt die Angst vor einem regionalen Flächenbrand, dem sich Burundi kaum entziehen könnte.

Sicherheitslage

Seit dem Wiedererstarken der Bewegung 23. März (M23)² im Jahr 2021 hat sich Burundi offen an die Seite der DR Kongo gestellt, was die ohnehin angespannten Beziehungen zu Ruanda weiter belastet. Mit der Eskalation des Konflikts in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu Ende 2024 und Anfang 2025 hat das burundische Regime erneut Truppen in die DR Kongo entsandt – sowohl zur Bekämpfung der von Ruanda unterstützten M23 als auch der bewaffneten Gruppe Résistance pour un État de Droit au Burundi (RED-Tabara, deutsch etwa: Widerstand für einen Rechtsstaat in Burundi). Diese militärische Intervention hat direkte Auswirkungen auf die innere Stabilität Burundis: Die humanitären, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen reichen weit über die Landesgrenzen hinaus. Der Konflikt im Osten wird als Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen, mit der Folge, dass die Repression gegen Oppositionsparteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und mutmaßliche Sympathisant:innen mit dem Feind nochmals verschärft wurde.

Mit seinem entschiedenen Schulterschluss mit Kinshasa hat sich Burundi als wichtiger Akteur im Kongo-Konflikt positioniert und rückt zunehmend ins Visier der afrikanischen wie westlichen Diplomatie als potenzieller Hebel in einem fragilen Machtgefüge. **Obwohl das Land längst entscheidend für die regionale Stabilität ist, bleibt es auf internationaler Ebene nach wie vor ein blinder Fleck.**

2. Die M23 (*Mouvement du 23 mars*) ist eine bewaffnete Rebellengruppe, die im Osten der DR Kongo, insbesondere in der Provinz Nord-Kivu, aktiv ist. Sie entstand im Jahr 2012 infolge eines Aufstands ehemaliger tutsi-stämmiger Rebellen des Congrès national pour la défense du peuple (CNDP, deutsch etwa: Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes), die zuvor in die kongolesische Armee integriert worden waren. Sie warfen der Regierung der DR Kongo vor, die im Jahr 2009 geschlossenen Friedensvereinbarungen nicht einzuhalten.

Lage der Zivilgesellschaft

Seit der politischen Krise von 2015 ist Burundi von systematischer Repression gegen kritische Stimmen geprägt. Laut dem Programm *Ndondeza*³ des Forum pour la Conscience et le Développement (FOCODE, deutsch etwa: Forum für Bewusstsein und Entwicklung) steigt die Zahl der verschwundenen Personen kontinuierlich. Eine der Folgen ist ein Massenexodus, dessen Ausmaß laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) auf rund 405 000 Geflüchtete beziffert wird – einige NGOs sprechen sogar von über 500 000.⁴ Zwar sind seit 2017 etwa 250 000 Geflüchtete im Rahmen von Rückführungsprogrammen, vor allem unter Leitung des UNHCR, nach Burundi zurückgekehrt.⁵ Doch die Sicherheitslage, die Wiedereingliederung und die Achtung grundlegender Rechte sind bei weitem nicht ausreichend, um eine dauerhafte und würdige Rückkehr für alle zu gewährleisten.

Der Präsidentenwechsel 2020 ließ zunächst auf eine Entspannung der Menschenrechtslage hoffen. Der Ton wurde gemäßiger, einige versöhnliche Signale wurden gesendet, um die öffentliche Meinung im In- und Ausland zu besänftigen und die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Doch die Repression hält an. **In den Jahren 2024 und 2025 nimmt der politische Druck weiter zu, der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft bleibt gering und massiv eingeschränkt.** Für viele zivilgesellschaftliche Akteure ist das Exil die einzige Möglichkeit, dem Druck zu entkommen. Die wenigen noch vor Ort tätigen Organisationen können ihre Funktionen kaum ausüben.

Eine tragende Rolle in einer demokratischen Gesellschaft kommt den Journalist:innen zu, doch auch sie stehen in Burundi unter hohem Druck. Jüngste Verhaftungen und willkürliche Festnahmen verdeutlichen die Schwierigkeiten für furchtlose journalistische Arbeit. Die NGO CIVICUS stuft den zivilgesellschaftlichen Raum in Burundi als „repressiv“⁶ ein, und der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation in Burundi Fortuné Gaetan Zongo bezeichnet ihn sogar als „abgeriegelt“⁷. Die Freilassung der Journalistin Floriane Irangabiye im August 2024 nach einer Begnadigung durch den Präsidenten wurde zwar international begrüßt, doch ihr Verfahren war von mangelnder Fairness und fehlenden Beweisen geprägt. Auch die Verurteilung der Journalistin Sandra Muhoza im Dezember 2024 zeigt, dass die unabhängige Presse weiter unter dem repressiven Klima leidet.

3. [Website des Ndondeza-Programme](#), FOCODE

4. [La réintégration des rapatriés, une priorité nationale](#), Bibliothèque Sans Frontières, 21. September 2023

5. [Burundi Country Profile](#), UNHCR, 2025

6. [Burundi Country Profile](#), CIVICUS, 2025

7. [Les critiques du rapport de Gaétan Zongo sur le Burundi](#), Iwacu, 11. Juli 2024

Dass Burundi jüngst in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt wurde, obwohl der aktuelle Präsident internationale Schutzmechanismen für Menschenrechte offen ablehnt, ist Teil der diplomatischen Wiedereingliederungsstrategie. Trotzdem dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. **Die internationale Gemeinschaft muss Menschenrechte ins Zentrum ihrer Beziehungen zu Burundi stellen und dabei weiter aktiv die Arbeit der burundischen Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt unterstützen.**

Sozioökonomische Lage

Die frühe Wahlkampfphase fällt mit einer dramatischen sozioökonomischen Dauerkrise zusammen, die mittlerweile ihren Höhepunkt erreicht hat. Seit Jahren steigen die Preise für lebenswichtige Güter wie Treibstoff und Grundnahrungsmittel. Diese Situation hat sich durch das erneute Erstarken der M23 im Osten der DR Kongo noch verschärft. Der informelle Handel mit dem Ostkongo, ein Rettungsanker für viele Burundier:innen, ist stark gefährdet. Die Schließung der Grenze zu Ruanda Anfang 2024 hat das Land zusätzlich isoliert. Gleichzeitig sorgt eine Devisenkrise mit einem massiven Unterschied zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem Schwarzmarktkurs für immer größere wirtschaftliche Verwerfungen. In diesem Chaos scheinen vor allem jene Nahestehenden der Regierungspartei zu profitieren, die das System ausnutzen, das sie eigentlich kontrollieren sollten.

Angesichts dieser Situation hat der Internationale Währungsfonds (IWF) am 18. Januar 2025 sein 2023 aufgelegtes Hilfsprogramm für Burundi beendet. Diese Entscheidung könnte auch Akteure wie die EU zum Rückzug veranlassen, obwohl die wirtschaftliche Lage in einem der unterentwickeltesten Länder der Welt sich rapide verschlechtert. **Umso dringlicher ist es, dass die internationale Gemeinschaft die finanzielle Unterstützung Burundis im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur fortsetzt, sondern sogar ausbaut.** Denn angesichts der wachsenden regionalen Instabilität droht die prekäre Lage im Land vollends zu kippen.

Wahlvorbereitung

Wahlen sind in Burundi seit jeher von Spannungen, politischen Anfechtungen und einer Instabilität geprägt, die die Glaubwürdigkeit der Wahlprozesse nachhaltig erschüttert haben. Auch die letzten Wahlen im Jahr 2020 wiesen erhebliche Unregelmäßigkeiten auf: Einschüchterungen, Festnahmen von Oppositionsangehörigen und Einschränkungen der Pressefreiheit bestimmten das Bild. Im Vorfeld der Wahlen 2025 bleiben viele dieser Probleme bestehen. Es ist wichtig, diese zu lösen, um die Legitimität der bevorstehenden Urnengänge sicherzustellen.

Vieles deutet darauf hin, dass die Regierung für die Wahlen Rahmenbedingungen geschaffen hat, die jede Form von Meinungsäußerung oder politischer Konkurrenz im Keim ersticken sollen. Der Registrierungsprozess war von Einschüchterungsversuchen durch staatliche Stellen und Vertreter:innen der Regierungspartei geprägt, oft unterstützt durch deren Jugendorganisation „Imbonerakure“. Mehrere Fälle politisch motivierter Gewalt sind dokumentiert. Sie richteten sich nicht nur gegen Mitglieder der Oppositionsparteien Congrès national pour la liberté (CNL, deutsch etwa: Nationalkongress für die Freiheit) und Front pour la démocratie du Burundi (FRODEBU, deutsch etwa: Front für die Demokratie in Burundi), sondern auch gegen Angehörige der Regierungspartei CNDD-FDD selbst, ein Zeichen wachsender innerparteilicher Spannungen. Das Wahlgesetz wurde zwischen Juni und Dezember 2024 mehrfach per Präsidialdekret geändert, was in Widerspruch zu international anerkannten Standards steht, wonach innerhalb eines Jahres vor einer Wahl keine grundlegenden Veränderungen an den Wahlmodalitäten vorzunehmen sind. Diese Eingriffe führten zur Behinderung von Kandidaturen und letztlich zum Ausschluss von Agathon Rwasa, dem letzten bedeutenden Oppositionspolitiker, der noch im Land verblieben ist. **In einem ohnehin aufgeheizten politischen Klima verstärkt die Eskalation im Osten der DR Kongo unter burundischer Beteiligung die Gefahr, dass die für Juni bis August 2025 geplanten Wahlen verschoben werden könnten.**

Burundi: der blinde Fleck in der politischen Agenda Europas?

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zählen weiterhin zu den wichtigsten Gebern für die Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi. Die strategische Bedeutung des Landes für die europäischen Partner wurde zuletzt durch die Ernennung von Johan Borgstam zum neuen EU-Sonderbeauftragten für die Region

der Großen Seen im September 2024 unterstrichen. **Das Netzwerk EurAc beobachtet aber mit wachsender Sorge, dass Burundi auf der politischen Agenda der EU und seiner Mitgliedstaaten zunehmend an den Rand gedrängt wird.**

Das Land scheint aus dem Fokus der europäischen Außenpolitik zu verschwinden, verdrängt durch andere Themen, die aus Sicht der EU dringlicher erscheinen. Auch angesichts der eskalierenden Gewalt im Osten der DR Kongo bleibt Burundis zentrale Rolle für die regionale Stabilität weitgehend unbeachtet. So wurde Burundi in der am 11. Februar 2025 vom Europäischen Parlament verabschiedeten Resolution zur Lage in der Region mit keinem Wort erwähnt.⁸ Für die Zivilgesellschaft ist dieses **Schweigen Ausdruck eines mangelnden Verständnisses europäischer Entscheidungsträger:innen für die komplexen regionalen Dynamiken und Abhängigkeiten, insbesondere für die Schlüsselrolle, die Burundi im regionalen Mächtegleichgewicht spielt.**

Angesichts der vielen inneren Herausforderungen und der rasanten Regionalisierung des Konflikts, der Burundi zusätzlich unter Druck setzt, **ist es dringend erforderlich, dass europäische Entscheidungsträger:innen das Land wieder stärker in den Mittelpunkt ihrer politischen Strategien rücken.** Die EU hat nicht nur ein moralisches, sondern auch ein strategisches Interesse daran, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Stabilität und eine nachhaltige Entwicklung in diesem übersehenen Land zu fördern. **Dies deckt sich mit der neu ausgerichteten EU-Strategie für die Großen Seen, die eine integrierte regionale Herangehensweise vorsieht und auf aktive Kooperation mit allen Ländern der Region setzt.**⁹

Diese Analyse, die Stimmen der burundischen und europäischen Zivilgesellschaft einbezogen hat, ist ein Weckruf an die EU und ihre Mitgliedstaaten. Wird ein konkretes Engagement in Burundi unterlassen, birgt dies erhebliche Risiken. Die Region der Großen Seen steht an einem Wendepunkt. Jetzt ist der Moment gekommen, dass die EU ihre diplomatischen Instrumente für eine vorausschauende Politik einsetzt, die sich auf Menschenrechte, gute Regierungsführung und Frieden fokussiert. Nur so lässt sich Burundi auf dem Weg zu Entspannung, Versöhnung und demokratischer Stabilität begleiten.

8. [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Februar 2025 zu der Eskalation der Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo](#), Europäisches Parlament, 13. Februar 2025
9. [Eine erneuerte Strategie der EU für die Großen Seen](#), Rat der Europäischen Union, 20. Februar 2023

Empfehlungen

Auf Grundlage der in dieser Analyse dargelegten Erkenntnisse adressiert das Netzwerk EurAc eine Reihe konkreter Empfehlungen an die politischen Entscheidungsträger:innen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

Angesichts der anhaltenden Krise im Osten der DR Kongo und im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlzyklen muss die EU auf diplomatischem Wege den Dialog mit Burundi wiederbeleben und die bilaterale Zusammenarbeit neu gestalten. Dabei kommt dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und dem EU-Sonderbeauftragten für die Region der Großen Seen eine entscheidende Rolle zu. Ihre Mandate ergänzen sich und sind entscheidend für die Umsetzung der folgenden Empfehlungen.

Regionale Sicherheit:

- **Die EU soll gemeinsam mit den UN-Agenturen frühzeitig die Voraussetzungen für eine umfangreiche humanitäre Unterstützung schaffen,** um die burundische Regierung bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der DR Kongo zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk sollte bedrohten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gelten, die wirksamen Schutz benötigen.
- **Die EU soll diplomatische Bemühungen für eine regionale, politische und friedliche Lösung des Kriegs im Osten der DR Kongo begleiten.** Ziel muss ein inklusiver und mehrstufiger Dialog sein, der die regionalen Akteure und Betroffenen des Konflikts gleichermaßen einbezieht, insbesondere bewaffnete Gruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gemeinden.
- **Die EU soll den burundischen Staat nachdrücklich zum Rückzug seiner Truppen aus der DR Kongo auffordern.** Außerdem sollte die EU weiterhin auf einen sofortigen Stopp jeglicher direkten oder indirekten Unterstützung, sei sie finanzieller, logistischer, militärischer und/oder strategischer Art, für bewaffnete Gruppen in der Region drängen.

Menschenrechte und zivilgesellschaftlicher Raum:

- **Die EU soll sich klar und eindringlich für die Menschenrechte der gesamten burundischen Bevölkerung einsetzen.** Dabei ist die aktive Unterstützung des EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte zentral, dessen Aufgabe es ist, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu stärken. Konkret soll die EU:
 - jegliche Form von Einschüchterung, willkürlicher Verhaftung und Misshandlung von Oppositionellen, Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen öffentlich und unmissverständlich verurteilen, ebenso Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte, die Imbonerakure oder bewaffnete Gruppen.

- die Präsenz europäischer Diplomaten bei Prozessen gegen Journalist:innen, Menschenrechtsaktivist:innen und politische Gefangene sicherstellen, um so ein starkes Zeichen für die Grundfreiheiten zu setzen.
 - die burundischen Behörden auffordern, konkrete Maßnahmen für den zivilgesellschaftlichen Raum zu ergreifen, indem verbotene Organisationen wieder zugelassen und ungerechtfertigte Verurteilungen von Menschenrechtsaktivist:innen aufgehoben werden.
 - den politischen Dialog mit den burundischen Behörden nutzen, um prominente Einzelfälle gezielt anzusprechen, etwa den von Sandra Muhoza oder anderer Personen der Zivilgesellschaft, die unter Repression leiden.
- **Die EU soll die burundische Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt unterstützen und mit ausreichender technischer und finanzieller Unterstützung ausstatten, insbesondere für Aufklärungsarbeit, Wahlbeobachtung und das Monitoring politischer Gewalt.** Regelmäßige Konsultationen mit diesen Gruppen sind wichtig, um den Informationsfluss zu verbessern. Darüber hinaus ist es entscheidend, alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz dieser Menschen zu ergreifen, sei es durch vereinfachte Aufnahmeverfahren in sicheren Staaten für besonders gefährdete Personen oder durch begleitete, freiwillige Rückkehrmöglichkeiten für jene, die sich wieder in Burundi niederlassen möchten.
 - **Die EU soll die burundische Regierung zur Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsmechanismen drängen.** Konkret heißt das, die EU muss den UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation in Burundi aktiv unterstützen. Dazu soll sie angemessene finanzielle und technische Ressourcen bereitstellen und verstärkt Druck auf die burundische Regierung ausüben, damit diese voll kooperiert und insbesondere einen unbeschränkten Zugang zum Territorium sowie die Mitteilung wesentlicher Informationen zur Ausübung des Mandats gewährleistet.

Innenpolitik:

- **Die EU soll Burundis Regierung dazu auffordern, faire, transparente und vertrauenswürdige Wahlen zu veranstalten, im Einklang mit den internationalen Best Practices, um Unregelmäßigkeiten und einem neuen Gewaltzyklus vorzubeugen.** Dazu gehört insbesondere die Rücknahme der jüngsten Änderungen am Wahlgesetz, die gezielt die Opposition benachteiligen, sowie ein Stopp aller politischen Manöver, die die Wahlergebnisse beeinflussen sollen.
- **Die EU soll wieder regelmäßige Dialogformate mit den burundischen Behörden aufnehmen, um einen inklusiven politischen Dialog im Sinne des Arusha-Abkommens zu fördern. Dieser Dialog muss die Opposition und die Zivilgesellschaft einbeziehen,** sowohl im Land selbst als auch im Exil. Der Startschuss für diesen Prozess muss die Freilassung von Oppositionsvertreter:innen und die sichere Rückkehrmöglichkeit exilierter politischer Persönlichkeiten sein.

Wirtschaft und Finanzen:

- **Die EU soll auf europäischer Ebene die Bereitstellung von Geldern für Burundi im Rahmen des Mehrjahresrichtprogramms (MRP) sicherstellen und im Zuge der Haushaltsverhandlungen der EU darauf achten, dass sie fortgeführt werden.** Besonders der Bereich „Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit“ sollte vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen deutlich gestärkt werden.
- **Die Mitgliedstaaten der EU sollen die Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi fortführen und ausbauen,** mit einem besonderen Fokus auf Governance, Menschenrechte und die strukturelle Stärkung der Zivilgesellschaft.
- **Die EU soll den IWF dazu bewegen, die Zusammenarbeit mit Burundi im Bereich der Wechselkurse wieder aufzunehmen und das entsprechende Reformprogramm neu anzustoßen.** Die Unterstützung des IWF ist ein entscheidender Hebel, um Burundis Wirtschaft wieder zu stärken und das Vertrauen internationaler Geldgeber:innen zurückzugewinnen.





EurAc

**Europe-Central
Africa Network**

**EurAc - Europe-Central Africa
Network**

Rue Stevin, 115
B-1000 Brussels, Belgium
info@eurac-network.org

www.eurac-network.org

X: @EurAc_Net